

Internationale Irak Konferenz

Besatzung

Widerstand

Internationale Solidarität

Reader



Inhaltverzeichnis

Plattform 1

Programm 2

Irak: Erklärung der "Patriotischen Kräfte gegen die Besatzung" 3

Ansatzpunkte für eine Kampagne gegen die deutsche Beteiligung 4

Verlasst unser Land jetzt! 5

“Falludscha wurde verwüstet” 6

“Nicht in unserem Namen” / “Not in Our Name”: Bekenntnisse gegen Krieg und Unterdrückung 11

A.N.S.W.E.R. - STELLUNGNAHME: ZU DEN JÜNGSTEN ENTWICKLUNGEN IM IRAK 13

Weltsozialforum: „Rückt den Irakern von der Pelle“ 15

Irak – Stoppt die Eskalation! 17

Resolutionentwurf 19

Plattform

Für eine starke internationale Bewegung gegen Krieg und Besatzung
Plattform zur Veranstaltung der Irak-Konferenz am 12. März 2005 in Berlin

Die gewaltsame Besatzung des Irak dauert an. Die irakische Bevölkerung leidet unter Demütigung und Folter, Gewalt und wachsender Not. Dennoch sind die weltweiten Proteste gegen die amerikanische Aggression abgeklungen. Ein Grund dafür ist die Verharmlosung der Besatzungsrealität in vielen Medien und die Warnung vor Chaos und Bürgerkrieg nach Abzug der fremden Truppen. Ein anderer ist die Sorge, mit Protesten gegen die Besatzer einen Widerstand zu unterstützen, der mit Bombenanschlägen auf Zivilisten, Selbstmordattentaten und Geiselnahmen identifiziert wird und nach Medienangaben von Anhängern des alten Regimes und radikalen "Islamisten" getragen wird.

Kurz vor dem zweiten Jahrestag des völkerrechtswidrigen Angriffs auf den Irak wollen wir am 12. März 2005 auf einer international besetzten Konferenz in Berlin über die Situation im Irak diskutieren. Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Strömungen im Irak werden über die Realität in ihrem geschundenen Land, über den Widerstand gegen die Besatzung und ihre Ziele für die Zeit danach berichten. Darüber hinaus möchten wir die internationale Bedeutung des Kampfes der Iraker gegen Besatzung und Re-Kolonialisierung verdeutlichen und uns darüber verständigen, wie dieser Kampf in die internationale Protestbewegung gegen die neoliberale Globalisierung einzuordnen ist.

Wir Organisatoren und Unterstützer der Konferenz sind uns einig in den Forderungen nach einem raschen und bedingungslosen Abzug der Besatzer und nach Wiedergutmachung der angerichteten Schäden. Wir fordern die Einstellung jeglicher Unterstützung der Invasoren durch die deutsche Regierung.

Wir wenden uns gegen alle Versuche, die Besatzungsherrschaft zu legitimieren und weisen darauf hin, dass nach internationalem Recht die Besatzungsherrschaft weder durch die UNO noch durch Protektoratswahlen oder den Einsatz einer irakischen Administration beendet werden kann, sondern nur durch Abzug der militärischen und zivilen Kräfte der Invasoren. Wir wenden uns gegen die Versuche, die Widerstandsbewegungen im Irak pauschal als Terror zu diskreditieren und den Krieg der USA im Irak als Kampf gegen den Terror darzustellen.

Auch wenn es in der Bewertung der verschiedenen Widerstandsformen politische Differenzen gibt, sind wir uns einig in der Frage, dass die Iraker grundsätzlich das Recht auf Widerstand haben.

Programm

Einleitung

- Begrüßung: Barbara Fuchs, Attac AG Globalisierung und Krieg
- Die aktuelle Situation im Irak: Joachim Guilliard, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Panel I: Frieden für einen freien Irak

- Prof. Dr. Gregor Schirmer, Völkerrechtler:
Krieg, Besetzung und Widerstand im Irak im Lichte des Völkerrechts
- Prof. Dr. Ernst Woit, Philosophiehistoriker und Friedensforscher: Der Irakkrieg im internationalen Kontext. Ziele der USA und ihrer Verbündeten
- Claus Schreer, Bündnis München gegen Krieg: Die deutsche Unterstützung des Irakkrieges und der Besatzungsherrschaft

Moderation: Ghayad Alhashmy, Politikwissenschaftlerin

Mittagspause

Panel II: Besatzungsrealität, Widerstand und Auswirkungen auf die Region

- Scheich Hadi Al-Khalisi, Irakischer Nationaler Gründungskongress (INFC), Irak
- Awni al-Kalemji, Irakische Patriotische Allianz (IPA), Dänemark
- Sami Ramadani, Soziologe, Irak-Autor der Zeitung Guardian, London, Großbritannien
- Alp Altinörs, Journalist, Türkei

Moderation: Rüdiger Göbel, stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung Junge Welt

Pause

Panel III: Keine deutsche Unterstützung der Besetzung im Irak! Perspektiven der Bewegung gegen Krieg, Rassismus und Islamfeindlichkeit

- Joachim Guilliard, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg
- Winfried Wolf, Zeitung gegen den Krieg
- Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenkerverbandes e.V., Offenbach
- Lale Ucan, Muslimische Jugend Berlin
- Willi Langthaler, Antiimperialistische Koordination Wien
- Marie-Dominique Vernhes, Attac AG Globalisierung und Krieg

Moderation: Eckart Spoo, Redakteur und Herausgeber der Zeitschrift Ossietzky

Aktiventreffen

Am Tag nach der Konferenz findet ein Aktiventreffen statt, um weitere Aktivitäten zu beraten.

Sonntag, 13. März 2005, voraussichtlich 10:30 bis 15 Uhr

Galerie Olga Benario

Richardstraße 104

12043 Berlin (Neukölln)

Bahn: U-Bahnhof Karl-Marx-Straße

Irak: Erklärung der "Patriotischen Kräfte gegen die Besatzung"

Im Folgenden dokumentieren wir eine interessante Erklärung eines Bündnisses von Besatzungsgegnern im Irak. Die Erklärung wurde auf einem Treffen am 15. Februar 2005 verabschiedet und von Gilbert Achcar übersetzt.

Die Teilnehmer an dem Treffen des Bündnisses in der Um al-Kura-Moschee am 15. Februar 2005 diskutierten Vorschläge, wie die vollständige Unabhängigkeit, Einheit und Souveränität des Irak wiederhergestellt werden könne. Sie treten ein für einen nationalen Versöhnungsprozess und werden sich mit der Ausformulierung der Verfassung beschäftigen, und zwar auf der Grundlage folgender Punkte:

1. Ein "klarer, genauer, öffentlicher, bindender und mit internationalen Garantien versehener Zeitplan" für den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak.
2. Abschaffung des Prinzips der Aufteilung gemäß religiösen, rassistischen oder ethnischen Grenzen und Übernahme des Prinzips der Staatsbürgerschaft aller mit gleichen Rechten und Pflichten vor dem Gesetz.
3. Anerkennung des Prinzips des Rechts des irakischen Volkes auf Ablehnung der Besatzung; Anerkennung des irakischen Widerstands und seines legitimen Rechts das Land und seine Ressourcen zu verteidigen; Ablehnung des Terrorismus, der gegen unschuldige Iraker, öffentliche nützliche Einrichtungen und Institutionen sowie gegen religiöse Kultstätten (z.B. Moscheen, schiitische geistliche Zentren) und Kirchen gerichtet ist.
4. Nachdem die Wahlen (vom 30. Januar 2005), die keine Legitimität besitzen, von einer großen Zahl von Menschen boykottiert worden und manipuliert waren, hat eine Administration, die aus diesen Wahlen hervorgeht, nicht das Recht, Abkommen oder Verträge zu schließen, die Iraks Souveränität, die Einheit seines Volkes, seines Landes und seiner Wirtschaft sowie die Bewahrung seiner Reichtümer verletzen.
5. Annahme von Demokratie und Wahlen als der einzigen Option für die Übertragung der Macht und die Herstellung von Bedingungen und Gesetzen, unter denen ein politischer Prozess und ehrlichen und transparenten Bedingungen und unter neutraler öffentlicher Aufsicht stattfinden kann.
6. Bestätigung der "patriotischen, arabischen und islamischen Identität des Irak" und entschiedener Widerstand gegen alle Positionen, die zu einem Verlust dieser Identität führen könnten.
7. Freilassung aller Häftlinge und Gefangenen in den Gefängnissen der Besatzungsmächte und der provisorischen Regierung, vor allem der Frauen; Beendigung der andauernden Verfolgung und Verletzung der Menschenrechte in allen irakischen Provinzen; Wiederaufbau zerstörter Städte und Bezahlung gerechter und fairer Reparationen an ihre Einwohner.

Die teilnehmenden Kräfte fordern die anderen patriotischen Kräfte, die mit diesen Grundsätzen übereinstimmen, auf, diese Erklärung zu unterzeichnen als einen "Dienst an unserer patriotischen Sache" und um alle patriotischen irakischen Kräfte zu bündeln und ihre Position zu einigen.

Das Bündnis der "Patriotischen Kräfte gegen die Besatzung" umfaßt sowohl die Bewegung Al Sadrs und diverse bewaffnete nationalistische Gruppen als auch den Iraqi National Founding Congress INFC (hier mit Iraqi Patriotic Founding Congress übersetzt) und die einflußreiche sunnitische Association of Muslim Scholars AMS sowie Kommunisten (People's Unity Party) und eine Frauen-Organisation.

Freie Übertragung ins Deutsche: Peter Strutynski

Quelle: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Irak/statement.html>

Ansatzpunkte für eine Kampagne gegen die deutsche Beteiligung

Joachim Guillard

1. Da die Zielsetzungen der verschiedenen politischen Kräfte des Irak und die Kräfteverhältnisse nach wie vor schwer einzuschätzen sind, können Prognosen über die Entwicklung nach einem Abzug der Besatzungstruppen kaum gemacht werden. Ein Wiederaufleben der alten Diktatur ist aber so wenig zu befürchten wie ein islamischer Staat. Aktuell dominieren zwar Organisationen, die ein größeres Gewicht für den Islam anstreben, keine setzt sich aber für einen islamischen Staat ein. Er wäre aufgrund der langen säkularen Tradition des Irak auch nicht durchsetzbar. Entscheidend ist, dass unabhängig davon, welche Konflikte im Irak nach Abzug der US-Truppen auch drohen, die Besatzungspolitik keinen Beitrag zur Lösung leisten kann, sondern selbst das größte aller Übel und die Hauptursache der Gewalt ist. Dies müssen wir zuerst öffentlich klarstellen.
2. Die Besatzungsherrschaft kann weder durch UNO noch US-kontrollierte Wahlen legitimiert werden. Sie ist erst zu Ende, wenn die USA und ihre Verbündeten ihre zivilen und militärischen Kräfte zurückgezogen haben.
3. Der Rechtfertigung, es handle sich bei der Besatzung um Kampf gegen den Terror, müssen wir entgegenreten. Terrorismus und religiösen Extremismus gibt es zwar tatsächlich im Irak, wenn auch im geringeren Ausmaß als von US-Seite behauptet, sie sind aber offensichtlich eine der hässlichen Folgen der Invasion. Terroristische Gewalt gegen Unbeteiligte, Entführungen und Enthauptungen etc. gehen fließend über in die allgegenwärtige Gewaltkriminalität, die seit der Zerschlagung jeglicher staatlichen Ordnung durch die Besatzungsmächte den Alltag beherrschen. Angriffe des militärischen Widerstands auf die Besatzungstruppen sind – unabhängig davon ob wir sie für sinnvoll und politisch oder moralisch für gerechtfertigt halten – kein Terror und sind auch nach geltendem internationalem Recht legitim.
4. Wir müssen uns und anderen klar machen, dass die Bewertung der Besatzungspolitik keine Frage des politischen Ermessens ist: Es handelt sich, wie oben skizziert, um eindeutige und systematische Verbrechen, mit fürchterlichen Folgen für die Bevölkerung. Wer, wie die Bundesregierung, diese Politik unterstützt, macht sich mitschuldig. Eine gute Möglichkeit hierüber Öffentlichkeit herzustellen, sind Veranstaltungen im Rahmen der internationalen Tribunale über den Irakkrieg.
5. Der überwiegende Teil der EU-Staaten beteiligt sich direkt an Krieg und Besatzung im Irak. Hier ist also schon Praxis, was im Rahmen der EU-Militarisierung perfektioniert und mittels EU-Verfassung verrechtlicht werden soll. Es ist daher sinnvoll, diese Beteiligung bei der Kampagne gegen EU-Militarisierung/ EU-Verfassung zu thematisieren.
6. Ansatzpunkte für Kampagnen bieten die konkrete militärische Unterstützung wie die Lieferung der Fuchspanzer. Um das Ausmaß deutscher Beteiligung sichtbar zu machen, bieten sich natürlich auch die Standorte der US-Armee in Deutschland an. Immer wieder werden auch direkte Verwicklungen der dort stationierten Einheiten in Kriegsverbrechen bekannt. So kommen einige der Folterer von Abu Ghraib aus der 205. Brigade des Militärischen Geheimdienstes im hessischen Wiesbaden-Erbenheim. Ihr oberster Kommandeur, General Ricardo Sanchez (bis Juni auch US-Oberbefehlshaber im Irak), hat seinen Sitz in Heidelberg und gehört zu den US-amerikanischen Verantwortlichen, gegen die das "Center for Constitutional Rights" Klage beim Generalbundesanwalt einreichte.
7. Die internationale Unterstützung, insbesondere durch die europäischen Staaten und den UN-Sicherheitsrat, die ihrem Vorgehen eine gewisse völkerrechtliche Legitimität verschaffen, ist der einzige verbliebene Trumpf der USA im Irak. Eine klare Verweigerung weiterer Unterstützung Deutschlands und anderer EU-Staaten hätte daher erhebliche Auswirkungen, sowohl international als auch bezüglich der Haltung der US-Bevölkerung zur Besatzung.

Quelle: „Argumente Nr 6.“

Verlasst unser Land jetzt!

Vom ersten Tag der US-Britischen Invasion des Irak haben Ölarbeiter Widerstand gegen die ausländischen Besatzung geleistet.

Hassan Juma'an Awad

Unter der Diktatur von Saddam Hussein lebten wir in finsternen Zeiten. Als das Regime fiel wünschten sich die Menschen ein neues Leben: ein Leben ohne Fesseln und Terror; ein Leben in dem wir unser Land wieder aufbauen und seinen natürlichen Wohlstand genießen könnten. Stattdessen wurde unsere Gemeinden mit Chemikalien und Streubomben angegriffen und unsere Mitmenschen gefoltert, vergewaltigt und in unseren Häusern getötet.

Saddams Geheimpolizei kroch gewohnheitsgemäß des Nachts über unsere Dächer und drangen in unsere Häuser, Besatzungstruppen brechen jetzt am helllichten Tage unsere Türen auf. Die Medien zeigen nicht einmal einen Bruchteil der Verwüstung, die über den Irak gekommen ist. Journalisten, die es wagen, die Wahrheit über das Geschehene zu berichten wurden durch die Terroristen entführt. Dies dient den Zielen der Besatzung, die darauf aus ist, Zeugen ihrer Verbrechen zu eliminieren.

Bald nachdem britische Besatzungstruppen Basra besetzt hatten, begannen Arbeiter in den südlichen Ölfeldern des Irak sich zu organisieren. Wir gründeten unsere Gewerkschaft, die Southern Oil Company Union (die Gewerkschaft der Südlichen Ölgesellschaft), nur 11 Tage nach dem Fall von Bagdad im April 2003. Als die Besatzungstruppen beiseite traten und gestatteten, dass die Krankenhäuser, Universitäten und öffentlichen Verwaltungseinrichtungen von Basra angezündet und geplündert wurden, während sie lediglich die Ölfelder und das Ölministerium verteidigten, wussten wir, dass wir es mit einer brutalen Macht zu tun hatten, die ihren Willen ohne Rücksicht auf menschliches Leiden durchsetzen würde. Von Anfang an gab es für uns keine Zweifel, dass die USA und ihre Verbündeten gekommen waren, um die Kontrolle über unsere Ölvorräte zu übernehmen.

Die Besatzungsverwaltung hat viele der unterdrückenden Gesetze aus Saddams Zeiten beibehalten, einschließlich der Richtlinie von 1987, die uns grundlegender gewerkschaftlicher Rechte beraubte, einschließlich des Rechts zu streiken Bis heute haben wir keine offizielle Anerkennung als Gewerkschaft, obwohl wir 23.000 Mitglieder in 10 Öl- und Gasunternehmen in Basra, Nassirya und bis zur Anbar Provinz haben. Wir beziehen unsere Berechtigung jedoch von unseren Mitgliedern, nicht von der Regierung. Wir glauben, dass Gewerkschaften tätig sein sollten, ohne Beachtung der Wünsche der Regierung, bis das Volk endlich in der Lage ist eine wirklich verantwortliche und unabhängige irakische Regierung zu wählen, die unsere Interessen vertritt und nicht die des amerikanischen Imperialismus.

Unsere Gewerkschaft ist von jeglicher politischen Partei unabhängig. Die meisten Gewerkschaften in Großbritannien scheinen sich nur einer Gewerkschaftsföderation im Irak bewusst zu sein, der vom Regime autorisierten Irakische Gewerkschaftsföderation (IFTU). Deren Präsident Ramin Awadi ist der stellvertretende Führer der von den USA eingesetzten Partei von Ayad Allawi. Die Führerschaft der IFTU ist aufgeteilt zwischen der regierungstreuen Kommunistischen Partei, Allwais Iraqi National Accord und deren Satelliten. Tatsächlich gibt es noch zwei weitere Gewerkschaftsföderationen, die mit politischen Parteien verbunden sind und dann noch unsere eigene Organisation.

Unsere Gewerkschaft hat bereits gezeigt, dass sie sich gegen eine der mächtigsten US-Gesellschaften, Dick Cheneys KBR, behaupten kann, die versuchte unsere Arbeitsplätze unter dem Schutz der Besatzungskräfte zu übernehmen. Wir drückten sie raus und zwangen ihren kuwaitischen Subunternehmer, Al Khourafi, 1.000 der 1.200 Angestellten, die sie mitgebracht hatten, gegen irakische Arbeiter auszutauschen, unter denen eine Arbeitslosigkeit von 70 % herrscht. Wir bekämpften auch den Besoldungsplan des USA-Vizekönigs, Paul Bremer, welcher diktierte, dass die im irakischen öffentlichen Dienst Tätigen ID 69.000 (= US \$ 35) pro Monat bekommen sollten, wohingegen den

ausländischen Söldnern bis US \$ 1.000 pro Tag gezahlt wurden. Im August 2003 streikten wir und brachten die gesamte Ölproduktion für drei Tage zum Stillstand. Als ein Ergebnis hatte die Besatzungsverwaltung die Löhne auf mindestens ID 150.000 anheben müssen.

Wir betrachten es als unsere Pflicht die Vorräte des Landes zu verteidigen. Wir sind dagegen und lehnen alle Versuche ab, unsere Ölindustrie und Naturschätze zu privatisieren. Wir betrachten diese Privatisierung als eine Art Neo-Kolonialismus, als einen Versuch eine dauerhafte wirtschaftliche Besatzung in Folge der militärischen Besatzung aufzuzwingen.

Die Besatzung hat mutwillig eine religiöse Trennung von Sunniten und Schiiten erzeugt. Niemals zuvor gab es eine solche Trennung. Unsere Familien heirateten untereinander, wir lebten und arbeiteten zusammen. Und heute widerstehen wir gemeinsam dieser brutalen Besatzung, Falluschah bis Nadschaf bis Sadr City. Der Widerstand gegen die Besatzungsmächte ist ein gottgegebenes Recht der Iraki, und wir, als eine Gewerkschaft, sehen uns selbst als einen notwendigen Teil dieses Widerstandes – selbst wenn unser Kampf darin besteht, unsere industrielle Arbeitskraft, unsere kollektive Stärke als Gewerkschaft und als Teil der Zivilgesellschaft einsetzen, welche wachsen muss, um sowohl die immer noch starken Eliten der Saddamgefolgschaft als auch ausländische Besatzung unseres Landes zu besiegen.

Bush und Blair sollten sich daran erinnern, dass die irakischen Wahlteilnehmer des letzten Monats ebenso feindselig der Besatzung gegenüber stehen wie die, die die Wahl boykottierten. Jene, die behaupten die Arbeiterklasse des Irak zu vertreten, während sie danach rufen, dass die Besatzung noch etwas länger andauern solle, weil sie einen „Bürgerkrieg befürchten“, sprechen in Wahrheit nur für sich selbst und der Minderheit von Iraki, deren Interessen von der Besatzung abhängen.

Wir als Gewerkschaft fordern den Abzug der ausländischen Besatzungskräfte und den Abbau ihrer Militärbasen. Wir wollen keinen Zeitplan, das ist nur eine Verzögerungstaktik. Wir werden unsere Probleme selbst lösen. Wir sind Iraki, wir kennen unser Land und wir können für uns selbst sorgen. Wir haben die Mittel, die Fähigkeiten und die Ausstattung zum Wiederaufbau und zur Erschaffung unserer eigenen demokratischen Gesellschaft.

Hassan Juma'a Awad ist der Generalsekretär der irakischen Gewerkschaft der Südlichen Ölgesellschaft und Vorsitzender der Gewerkschaft der Ölarbeiter in Basra.

(The Guardian, Freitag, 18. Februar 2005)

Ehrenamtliche ÜbersetzerInnen : Paul WOODS und Heike REAGAN, cooridtrad@attac.org

Mehr Info: Joachim.Guilliard@t-online.de) oder philbutland@yahoo.com.

“Falludscha wurde verwüstet”

Gespräch mit Mahammad J. Haded und Mohammad Awad über das Wahlspektakel im Irak nach der Belagerung und Bombardierung einer 360000-Einwohner-Stadt, die Stimmung in der US-Armee und die in der Bevölkerung im besetzten Zweistromland

Der Arzt Mahammad J. Haded und Mohammad Awad, Direktor eines Flüchtlingszentrums, waren während der US-Großoffensive »Morgendämmerung« im November 2004 in der belagerten und bombardierten irakischen Stadt Falludscha. In den vergangenen zwei Wochen berichteten sie auf zahlreichen Veranstaltungen in Deutschland über den erlebten Terror.

Weitere Informationen dazu: www.iraktribunal.de

F: Vor zwei Wochen ist US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld nach einem Besuch der Besatzungstruppen in Bagdad in sein Flugzeug gestiegen und war ein paar Stunden später auf der »Sicherheitskonferenz« in München. Wie lange braucht ein Iraker vom besetzten Zweistromland nach Deutschland?

Mahammad J. Haded: Wir mußten mit dem PKW von Falludscha nach Bagdad fahren und uns bei der deutschen Botschaft ein Visum abholen. Von dort aus sind wir mit dem Taxi in die gut 1000 Kilometer entfernte jordanische Hauptstadt Amman gefahren. Mit Jordan Air ging es weiter nach Frankfurt am Main. Alles in allem waren wir drei Tage unterwegs.

F: In den vergangenen Wochen haben die »Wahlen« im Irak die Berichterstattung in den hiesigen Medien bestimmt. In der Provinz Anbar, wo auch Falludscha liegt, haben nach Besatzerangaben nur zwei Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Wie erklären Sie das?

Haded: Die Wahlen im Irak waren wichtig für die USA. Sie waren von enormer symbolischer Bedeutung, ein Votum der Iraker stellen sie nicht dar. Die Iraker wurden vielmehr ausgelöscht und aufgeteilt in Schiiten, Sunniten, Christen, in Kurden, Turkmenen und Araber, und so weiter. Parteien, die wirklich für unser Land arbeiten, haben sich an der Wahl erst gar nicht beteiligt. Aufgrund der nicht vorhandenen Sicherheit waren sie für eine Verschiebung. Die Sunniten etwa in Mosul, Tikrit, Dijala, Anbar, Falludscha, Ramadi und großen Teilen Bagdads waren der Meinung, an der Wahl kann man so lange nicht teilnehmen, wie Besatzungstruppen im Land sind. Sie forderten einen klaren Zeitplan für deren Abzug. Die schiitischen Imame hingegen riefen in den Moscheen zur Abstimmung auf und erklärten, wer nicht wählen geht, ist ein Ungläubiger. Ihren Anhängern sagten sie, mit der Wahl würden sie die Forderung nach Abzug der Amerikaner unterstützen. Wähler wie Nichtwähler eint der Wunsch nach Abzug der US-Soldaten.

Mohammad Awad: Die Amerikaner und die irakische Übergangsregierung sprachen von 14,5 Millionen Wahlberechtigten. Am Ende nahmen ihren Angaben zufolge acht Millionen teil. Viele Iraker meinen, daß allenfalls fünf Millionen abgestimmt haben – bei einer Gesamtbevölkerung von 26 Millionen.

F: Aus Angst vor Anschlägen oder aus politischer Überzeugung?

Haded: Es gibt viele Gründe, von mangelnder Sicherheit bis hin zu politischem Boykott. Am Wahltag war es verboten, mit dem Auto zu fahren. Man mußte also zu Fuß zum Wählen gehen. Es gab Anschlagsdrohungen gegen Wahllokale. Viele hatten also tatsächlich Angst, an der Wahl teilzunehmen. Viele blieben wiederum in der Annahme von Wahlfälschungen durch die Amerikaner fern. Sie wollten nicht Teil eines Spektakels sein.

Awad: Die meisten Iraker stimmten aus politischer Überzeugung nicht ab. Wie kann ich meinen Stimmzettel in eine Urne stecken, die von einem amerikanischen Panzer »geschützt« wird, war immer wieder zu hören. Von der UNO waren gerade einmal 15 Wahlbeobachter im Irak! Wie wollen die sich ein Bild vom korrekten Ablauf machen.

Ein weitverbreiteter Slogan im Irak war: Gehen Sie zur Wahl oder gehen Sie nicht – am Ende wird in jedem Fall die Besatzung gewinnen. Schon vor Auszählung der Stimmen war klar, daß die neue Regierung aus der bisherigen Übergangsregierung gebildet wird. Da werden einzig Posten verschoben und Minister umbesetzt. Das heißt letztlich, das irakische Volk hat keine Stimme.

F: Falludscha hatte vor der US-Invasion 360000 Einwohner. Wie viele Menschen leben noch in der mehrfach belagerten und bombardierten »Stadt der tausend Moscheen«?

Haded: Zunächst, in Falludscha gab es nur hundert Moscheen. Die Stadt ist heute total ruiniert. Falludscha ist unser Dresden im Irak. Etwa 5000 Familien, also 25000 bis 30000 Iraker, blieben während der US-Großoffensive im

November in Falludscha, die übrigen Einwohner waren geflohen. Mittlerweile sind einige zurückgekehrt. Wir schätzen, daß etwa 20 Prozent der Bevölkerung nach Falludscha zurückgekehrt sind.

F: Die US-Armee gab Ende Dezember an, jede dritte Wohnung in Falludscha sei infolge der Großoffensive zerstört worden.

Haded: Das schließt nur die Bombardierungen ein. Wohnungen und Häuser, die nicht direkt durch US-Bomben zerstört worden sind, wurden später verwüstet. Die Möbel wurden kurz und klein geschlagen. Zudem wurden unzählige Häuser gezielt in Brand gesetzt. Selbst Schulen und Krankenhäusern wurden zerstört. Die Amerikaner haben sich von Haus zu Haus vorgearbeitet. Verwüstete Häuser wurden mit einem »X« markiert.

F: Wie viele Iraker wurden während der US-Offensive getötet?

Haded: Bis heute werden unter den Trümmern zerstörter Häuser Leichen gefunden. Eine unbekannte Zahl Toter wurde von den Amerikanern in den Euphrat geworfen. Die US-Armee erklärte, 1200 Menschen getötet zu haben. Wir selbst haben mehr als 700 Leichen geborgen und beigesetzt. Darüber hinaus können wir keine Angaben machen.

F: Laut US-Militärs handelte es sich bei den Toten ausschließlich um »Terroristen«, also Widerstandskämpfer. Zivilisten seien nicht zu Schaden gekommen. Ist das auch Ihre Erfahrung?

Haded: Wir haben unzählige Bilder und auch Filme, auf denen Sie sehen können, wer in Falludscha getötet wurde. Ich lade jeden ein, in unsere Stadt zu kommen und sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen. Ich bringe Sie mit Kindern zusammen, die mit ansehen mußten, wie ihre Eltern von Amerikanern erschossen wurden. Und ich bringe Sie mit Männern zusammen, die sahen, wie ihre Kinder und ihre Frau getötet wurden.

Es gab und gibt Widerstand im Irak und auch in Falludscha. Der Widerstand gegen die Besatzung ist legitim und entspricht internationalen Konventionen. Es ist aber keineswegs legal, Zivilisten zu bombardieren. Das ist weder den Amerikanern noch Besatzungsgegnern erlaubt.

Viele Iraker sind der Meinung, daß die Anschläge auf Zivilisten nicht vom Widerstand zu verantworten sind, sondern daß letztlich die Amerikaner und die Geheimdienste der Nachbarländer dahinterstecken. Ähnlich ist es mit Musab Al Sarkawi, mit dessen Existenz die Amerikaner die Angriffe auf Falludscha gerechtfertigt haben. Wo ist Al Sarkawi denn heute? Er ist ein Phantom, das immer dort auftaucht, wo es gerade gebraucht wird. Egal ob Kirkuk, Mosul, Tikrit, Samarra, Ramadi, Bagdad oder Basra – überall, wo es Widerstand gibt, taucht praktischerweise irgendwann Al Sarkawi auf.

F: Die Großoffensive »Morgendämmerung« begann in der Nacht zum 8. November. Sie haben zu dem Zeitpunkt im Allgemeinen Krankenhaus in Falludscha gearbeitet. Wie haben Sie die US-Angriffe erlebt?

Haded: Das städtische Krankenhaus liegt im Westen und ist durch den Euphrat von der eigentlichen Stadt getrennt. Zwischen sieben und acht Uhr abends umzingelten US-Soldaten das 200-Betten-Hospital und besetzten es. Zu dem Zeitpunkt befanden sich noch etwa 30 Patienten im Krankenhaus. Obwohl es keinerlei Widerstand gab und dort auch keine Kämpfer behandelt wurden, sind die Ärzte und das Pflegepersonal, zusammen 22 Beschäftigte, zunächst festgenommen worden: Wir wurden zu Boden geworfen, gefesselt und danach verhört. Uns wurde gesagt, wir müßten das Krankenhaus räumen, Patienten wie Bedienstete müßten raus. Danach wurde das Hospital verwüstet, selbst die medizinischen Geräte wurden zerstört.

F: Wurden in dem Krankenhaus Widerstandskämpfer behandelt?

Haded: Fragen Sie die Amerikaner. Sie sind rein, haben alles durchsucht und uns immer wieder gefragt, wo sich die

Terroristen versteckt hätten. Fragen Sie, wie viele sie gefunden und verhaftet haben. Wenn sie dort jemanden vom Widerstand gefunden hätten, hätten sie uns Ärzte doch niemals wieder freigelassen.

Zeitgleich mit der Besetzung des Krankenhauses setzte die Bombardierung der gesamten Stadt ein. Die Detonationen waren deutlich zu hören. Selbst Rettungswagen wurden angegriffen. Zunächst versuchten Einwohner, Verletzte mit ihren PKW in ein Krankenhaus zu bringen. Doch alles, was sich auf den Straßen bewegte, wurde unter Beschuß genommen.

Wir haben schließlich im östlichen Teil Falludschas ein Behelfskrankenhaus errichtet. Im Prinzip war es nicht mehr als eine Ambulanz. Wir gaben den Amerikanern die genauen Daten des Gebäudes. Zwei Tage später wurde es bombardiert, auch diese Rettungsstation war also verloren. Wir haben schließlich eine zweite Behelfsambulanz errichtet, die aber eigentlich nicht funktionsfähig war. Wir hatten dort praktisch nichts. Wasser und Strom waren abgestellt, auch das Telefon funktionierte nicht mehr.

Die Bedingungen waren katastrophal und doch haben wir 25 Verletzte operiert. Wir hatten aber keine Medikamente, die Wunden entzündeten sich. Die Patienten lagen praktisch in ihren Totenbetten. Wer eine größere Verletzung hatte, war ohnehin verloren. In den umliegenden Häusern suchten wir Freiwillige, die uns halfen – beim Säubern, Wegwischen des Blutes. Auch mein 13jähriger Sohn war unter den Helfern.

Nach sieben Tagen bin ich zu den Amerikanern gegangen. Ich wollte einen Krankentransport organisieren. Zunächst wurde ich aber von Soldaten der irakischen Armee – allesamt Schiiten und Kurden – festgenommen. Schließlich konnte ich mit einem Verantwortlichen in der US-Armee sprechen. Ich bat ihn, daß wir unsere Patienten ins Krankenhaus bringen dürfen. Er glaubte mir zunächst nicht, erklärte, es gebe niemanden mehr in Falludscha, alle seien geflohen. Ich bat ihn, mit einem Wagen und einer weißen Fahne durch die Straßen fahren zu dürfen und die verbliebenen Einwohner in einer Moschee zu sammeln. In einer Stunde hatte ich etwa 50 Leute aus ihren Häusern gerettet, rund zehn Familien. Zwei Tage später waren wir 200 Iraker in der Moschee. Einige berichteten mir, daß amerikanische Soldaten gezielt auf Familien geschossen hätten, obwohl sie eine weiße Fahne mit sich geführt hatten. Auch in der Moschee hatten wir eine kleine Ambulanz aufgebaut. In den umliegenden Häusern suchten wir nach Medikamenten – nichts Besonderes, ein paar Beruhigungsmittel.

Bis heute ist das Zentralkrankenhaus von US-Soldaten belagert. Patienten müssen zu Fuß kommen! Wer mit dem PKW kommt, wird beschossen.

F: Warum waren während der Bombardierung mehrere tausend Iraker in Falludscha geblieben?

Haded: Aus unterschiedlichen Gründen: Einige hatten keine Verwandten, zum Beispiel in Bagdad, bei denen sie unterkommen konnten. Andere schämten sich, Flüchtlinge zu sein und in Zelten zu leben. Wieder andere wären gerne geflohen, hatten aber kein Auto. Die meisten, die geblieben waren, konnten sich aber einfach auch nicht vorstellen, daß die Amerikaner so wüten würden. Sie hatten nicht geglaubt, daß die US-Soldaten gezielt Zivilisten bombardieren und ganze Familien erschießen. Kämpfer ja, aber Unbewaffnete, Frauen, Kinder, Verletzte, Alte?

F: Waren Sie selbst Zeuge eines Massakers?

Haded: Nein, persönlich habe ich nicht gesehen, daß Amerikaner so etwas gemacht haben. In einer der Notambulanzen waren allerdings zwei Verletzte, nach denen ich mich später bei den Amerikanern erkundigte. Ein irakischer Soldat sagte mir dann, sie hätten die beiden erschossen und da und da begraben.

In Absprache mit den Amerikanern hatte ich aus den 200 Leuten in der Moschee einen kleinen Trupp Freiwilliger zusammengestellt, die die Toten von den Straßen bergen sollten, es drohte schließlich der Ausbruch von Seuchen, und der Verwesungsgeruch war schrecklich. Diese Freiwilligen haben mir später erzählt, daß viele Frauen und Kinder

sowie Alte unter den Toten seien.

Awad: Auch ich hatte mich als Freiwilliger für die Bergung von Leichen gemeldet. Sie müssen sich vorstellen, daß die Toten über Tage und zum Teil Wochen in den Straßen und Wohnungen lagen. An vielen Leichen hatten sich bereits Hunde zu schaffen gemacht. Auffallend viele Tote waren total verkohlt – wir fragten uns, welche Waffen die Amerikaner da eingesetzt haben.

Ich habe in Falludscha mit eigenen Augen eine Familie gesehen, die von US-Soldaten erschossen worden war: Der Vater war Mitte Fünzig, seine drei Kinder zwischen zehn und zwölf Jahren alt. Im Flüchtlingslager hatte mir eine Lehrerin erzählt, sie habe Essen zubereitet, als Soldaten ihre Wohnung in Falludscha gestürmt hätten. Ohne Vorwarnung hätten sie ihren Vater, ihren Mann und ihren Bruder erschossen. Danach sind sie wieder raus. Die Frau blieb aus Angst im Haus bei den Toten. Abends kamen andere Soldaten, die sie und ihre Kinder mitnahmen und aus der Stadt brachten. Das sind nur zwei von vielen Tragödien in Falludscha.

F: Zehntausende Iraker sind vor der Eroberung aus Falludscha geflohen und bis heute nicht in die US-besetzte Stadt zurückgekehrt. Wie sind die Lebensbedingungen dieser Flüchtlinge?

Awad: Sehr, sehr schwer. Anfangs lebten sie in provisorischen Unterkünften, viele auch unter freiem Himmel. Uns fehlte Milch für Kinder, Ältere hatten keine Medikamente. Von staatlicher Seite, also der irakischen Übergangsregierung Ijad Allawis, gab es praktisch keine Hilfe für diese Menschen. Geschweige denn von den Amerikanern. Wir waren und sind auf Spenden privater Organisationen angewiesen.

Gleichzeitig gibt es aber auch eine überwältigende, spontane Solidarität innerhalb der irakischen Bevölkerung. Viele aus Falludscha Geflohene sind bei Verwandten oder Freunden untergekommen. Unzählige Iraker in Bagdad und auch anderen Städten haben sich zudem gemeldet, sie würden Flüchtlinge aufnehmen. Rund einen Monat nach Beginn der US-Offensive war schließlich der irakische Rote Halbmond in die Gänge gekommen und hat mit Hilfslieferungen begonnen.

F: Wie ist die Stimmung heute in Falludscha: Sind Wut und Haß auf die Besatzer bestimmend oder eher Resignation und Bedauern, daß es Widerstand gab?

Haded: Die Bevölkerung ist voller Wut. Die Menschen hassen die Amerikaner – Amerikaner allgemein, nicht nur US-Soldaten. Sie sind Besatzer, Killer und Terroristen. Praktisch jede Familie in Falludscha hat einen Toten zu beklagen, wie können Sie da eine andere Reaktion erwarten.

Ich sage Ihnen: Die meisten Soldaten fühlen sich wohl, wenn sie Iraker erschießen. Sie glauben wirklich, alle Iraker seien Terroristen, so wie es ihnen ihre Regierung sagte. Ich sah Soldaten, die lachten bei ihrem Einsatz, als ob sie unter Drogen standen. In einer Moschee haben sie eine Silvesterfeier veranstaltet. Das Gotteshaus wurde in eine Disko verwandelt!

Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so scheinen mag, letztlich haben die Amerikaner in Falludscha verloren. Was heißt es denn, wenn ein Imperium wie die USA mit all seiner Macht über eine doch kleine Stadt herfällt, ohne jede Moral, ohne Skrupel. Das ist der Anfang vom Ende.

F: Die US-Armee hat am Ende ihrer Falludscha-Offensive angeboten, 500 Dollar Entschädigung für jede zerstörte Wohnung zu zahlen.

Haded: Was sind 500 Dollar? Das reicht doch noch nicht einmal, um den Schutt abfahren zu lassen! Das Angebot ist eine neuerliche Demütigung. Sie wollen uns zu Bettlern machen. Ich will das Geld nicht. Wir Araber und Muslime glauben an Prinzipien: Wir leben lieber in Zelten und in Freiheit als in Luxus und unter Besetzung.

Awad: Ich bin sehr wohl der Meinung, daß die Besatzer eine angemessene Entschädigung zahlen müssen für die physischen und psychischen Schäden, die die Bürger Falludschas erlitten haben – und zwar nachdem die Amerikaner unsere Stadt und unser Land verlassen haben.

Zu unseren Gesprächspartnern

Dr. Mahammad J. Haded gehört zum medizinischen Stab des Zentralkrankenhauses von Falludscha, das im November 2004 von US-Truppen besetzt wurde, und arbeitet außerdem in einer kleinen Klinik im Zentrum der Stadt. Er war einer der wenigen Ärzte, die während des Angriffs in Falludscha blieben.

Mohammad F. Awad ist Bauingenieur und seit 2003 Vorsitzender des Rats von Saqlawiya, einer Kleinstadt neun Kilometer nördlich von Falludscha. Seit vergangenem Jahr ist er auch Direktor des vom Roten Halbmond unterstützten Flüchtlingshilfezentrums in Saqlawiya. Er gehörte zu den Freiwilligen, die Leichen von getöteten Einwohnern Falludschas bargen und zur Identifizierung und Bestattung nach Saqlawiya brachten.

Spenden

Für Projekte für Kinder aus Falludscha kann auf das Konto: »Kinderhilfe Irak« der IPPNW Deutschland gespendet werden. Stadtparkasse Gaggenau, BLZ 66551290, Kto.-Nr. 50264639, Kennwort »Falludscha«.

Die »Diakonie Katastrophenhilfe« unterstützt im Irak u.a. Flüchtlinge aus Falludscha. Spendenkonto: Diakonie Katastrophenhilfe, Postbank Stuttgart, BLZ 60010070, Konto 502707, Kennwort: »Irak«
oder online: www.diakonie-katastrophenhilfe.de/spenden/

Interview: Rüdiger Göbel

Quelle: <http://www.jungewelt.de/2005/02-26/029.php>

“Nicht in unserem Namen” / “Not in Our Name”: Bekenntnisse gegen Krieg und Unterdrückung

Im Sommer 2002 haben US-amerikanische Intellektuelle einen Aufruf veröffentlicht: Not In Our Name". Dieser Aufruf ist zum bedeutendsten Schriftstück der Opposition in den USA gegen die kriegerische Außenpolitik und die innere Repression der Bush-Regierung geworden.

Angesichts der Wiederwahl von George W. Bush wurde nun in den USA ein neuer "Not In Our Name"-Aufruf veröffentlicht. Dieser erschien am Sonntag, 23. Januar 2005, in der New York Times.

Der Aufruf wurde inzwischen von über 9.000 Menschen unterzeichnet.

Da George W. Bush für eine zweite Amtszeit eingeführt wird, sollte nicht gesagt werden, dass die Menschen in den US angesichts dieser schändlichen Feierlichkeiten von Krieg, Gier und Intoleranz ruhig geblieben sind. Er spricht nicht für uns. Er vertritt uns nicht. Er handelt nicht in unserem Namen. Keine Wahl, ob fair oder gefälscht, kann kriminelle Kriege auf fremdem Land, Folter, Menschenrechtsverletzungen en gros und das Ende von Wissenschaft und Vernunft legitimieren.

In unserm Namen rechtfertigt die Bush-Regierung mit falschen Vorwänden die Invasion und die Besatzung des Irak, lässt Zerstörung, Schrecken und Elend herunterregnen, bringt mehr als 100 000 Irakern den Tod. Sie beauftragt

“Nicht in unserem Namen” / “Not in Our Name”: Bekenntnisse gegen Krieg und Unterdrückung

unsere Jugend, ganze Städte zu zerstören, um der sog. demokratischen Wahlen willen, während man hier Tausende von Afroamerikanern und andere einschüchtert und ihnen die Bürgerrechte entzieht .

In unserem Namen verachtet die Bush-Regierung das internationale Recht und die Weltmeinung. Sie lässt Folter ausführen und hält rund um die Welt Menschen in Haftzentren ohne Gerichtsurteil fest und beabsichtigt neue Angriffe auf unsere Rechte, unsere Privatsphäre, Rede- und Versammlungsfreiheit hier. Sie beraubt Araber, Muslime und Südasiaten in den USA ihrer Rechte, verweigert ihnen Rechtsbeistand, stigmatisiert sie und hält sie ohne Ursache fest. Tausende sind deportiert worden.

Neue Versuchsballone über Invasionen in Syrien, im Iran oder Nord-Korea lässt man los, über den Austritt aus den Vereinigten Nationen und über eine neue Politik mit "lebenslanger Haft" - wir sagen dazu nein, nicht in unserem Namen werden wir weitere Verbrechen erlauben, die gegen Völker oder Individuen begangen werden, die einer unangefochtenen Weltgroßmacht im Wege stehen.

Hätten wie uns vor ein paar Jahren vorstellen können, dass wichtige Prinzipien wie die Trennung von Kirche und Staat, das Recht auf einen Prozess, Unschuldsvermutung, Freiheit der Rede und habeas corpus (Haftprüfung), so leicht umgeworfen werden können? Jetzt kann jeder zum "kämpfenden Feind" ohne bedeutsame Rechtshilfe oder unabhängige Überprüfung vom Präsidenten erklärt werden, der die Macht in der Exekutive konzentriert. Er wählte den Staatsanwalt, der der rechtliche Architekt für die Folter ist, die in Guantanamo, Afghanistan und Abu Ghraib ausgeübt wurde.

Die Bushregierung versucht eine enge, intolerante und politische Form von christlichem Fundamentalismus als Regierungspolitik durchzusetzen. Diese extremistische Bewegung - nun nicht mehr am Rande der Macht - zielt dahin, den Frauen ihre Rechte als Mutter zu nehmen, Hass gegen Schwule und Lesben zu schüren und einen Keil zwischen spirituelle Erfahrung und wissenschaftliche Wahrheit zu treiben. Wir wollen Extremisten gegenüber, unser Recht zu denken, nicht aufgeben. Aids ist keine Strafe Gottes. Globale Erwärmung ist eine reale Gefahr. Die Evolution ist geschehen. Alle Menschen müssen das Recht haben, die religiöse und spirituelle Form, die ihnen am meisten liegt, frei zu wählen. Religion aber kann nie erzwungen werden. Diese Extremisten können sich ihre eigene Realität schaffen, aber wir lassen es nicht zu, dass sie unsere Realität schaffen.

Millionen von uns arbeiteten, hielten Reden, demonstrierten, beobachteten die Wahlen, spendeten und taten alles, was möglich war, um das Bushregime bei der letzten Wahl zu schlagen. Diese nie da gewesene Bemühung brachte neue Energien, Organisation und die Verpflichtung, für Gerechtigkeit zu kämpfen. Es wäre ein schrecklicher Fehler, wenn unser Misslingen, Bush zu stoppen, uns jetzt in Verzweiflung und Untätigkeit führen würde. Im Gegenteil, diese breite Mobilisierung von Menschen, die sich für eine fairere, freiere, friedlichere Welt einsetzten, muss weiter voran getrieben werden.

Wir können und wir wollen nicht bis zur Wahl 2008 warten. Der Kampf gegen die 2. Amtszeit des Bushregimes muss jetzt beginnen.

Die Bewegung gegen den Vietnamkrieg gewann nie eine Präsidentenwahl. Aber sie blockierte Militärzüge, schloss Einberufungszentren, demonstrierte, ging von Tür zu Tür und sprach mit den Menschen --- und sie half einen Krieg beenden. Die Bürgerrechtsbewegung hat nie einem Präsidentschaftskandidaten ihre Stimme gegeben; sie machte Sit-ins, Freiheitsmärsche, focht legale Kämpfe, füllte die Gefängnisse - und änderte das Gesicht der Nation.

Wir müssen die politische Realität dieses Landes verändern, indem zig-Millionen, die in ihren Köpfen und Herzen wissen, dass die "Realität" des Bush-Regimes nichts als ein Alptraum der Menschheit ist. Dies wird Kreativität, Massenaktionen und individuelle Momente des Mutes fordern. Wir müssen zusammenkommen, wann immer wir können, und wir müssen alleine handeln, wenn immer wir müssen.

Wir lassen uns von den Soldaten inspirieren, die sich weigerten, an diesem unmoralischen Krieg teil zu nehmen. Wir danken den Bibliothekaren, die sich geweigert hatten, der Polizei das Verzeichnis unserer Vorträge auszuhändigen, den Gymnasiasten, die darum baten, dass ihnen die Evolutionslehre gelehrt wurde, denen, die die Folter des US-Militärs ans Licht brachten und für den massiven Protest, der in der internationalen Opposition gegen den Krieg im Irak zum Ausdruck kam. Wir bestätigen, dass ganz gewöhnliche Leute außerordentliche Aktionen unternommen haben. Wir versprechen, eine Gemeinschaft zu schaffen, die mutige Aktionen des Widerstands unterstützt. Wir stehen mit den Menschen in aller Welt zusammen, die Tag um Tag für das Recht kämpfen, ihre eigene Zukunft zu schaffen. Es liegt in unserer Verantwortung, das Bush-Regime zu stoppen, ihren katastrophalen Kurs weiterzuführen. Wir sind davon überzeugt, dass die Geschichte uns sehr verurteilen würde, wenn wir jetzt versäumten, entschieden zu handeln.

Übersetzung ins Deutsche: Ellen Rohlf

Quelle: www.lebenshaus-alb.de/

A.N.S.W.E.R. - STELLUNGNAHME: ZU DEN JÜNGSTEN ENTWICKLUNGEN IM IRAK

*** Dem USA-Friedensbündnis „Act Now Stop War End Racism (ANSWER)“ gehört unter anderen das International Action Center an. Informationen unter: <http://www.internationalanswer.org>**

Die Festnahme des irakischen Präsidenten Saddam Hussein durch das Militär der USA wird von den Konzern-Medien und der Bush-Regierung sowohl als ein großer Sieg, wie auch als Beginn einer neuen Ära und als Rechtfertigung für die Invasion und Besetzung des Iraks durch die USA hinausposaunt.

Die Ergreifung und öffentliche Zurschaustellung von Saddam Hussein mag ein Propagandasieg des Imperialismus sein, doch dieser ändert nichts Wesentliches an der Lage im Irak, insbesondere an der Tatsache, dass die Invasion und Besetzung der USA im Irak eine offenkundige und brutale Verletzung sowohl des internationalen wie des US-amerikanischen Rechts darstellt.

Mit dem Jubel über die Verhaftung von Saddam Hussein nach 8 Monaten intensiver Suche geben die beiden gegenwärtigen Ko-Diktatoren, L. Paul Bremer und Generalleutnant Ricardo Sanchez, zugleich der Hoffnung der gesamten Bush-Regierung Ausdruck, dass diese Entwicklung den Anfang vom Ende des irakischen Widerstands ankündigt.

Aber der wachsende irakische Widerstand gegen den illegalen und kolonialistischen Krieg und die Besetzung beruht - selbst nach Einschätzung der sachkundigeren Journalisten der Konzern-Medien im Irak - nicht primär auf der Loyalität zu einer Einzelperson. Vielmehr ist er eine Antwort auf die Negierung der Souveränität und Unabhängigkeit des Irak und die zunehmende Brutalität der Besatzungsarmee.

Sogar Unterstützer von Bushs Krieg wie Senator Jay Rockefeller, der Stellvertretende Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des Senats, werfen Fragen auf: "Ort und Umstände dieser Festnahme machen klar, dass Saddam den Aufstand nicht lenkte... Dies ist bedeutsam und beunruhigend, weil es bedeutet, dass die Aufständischen nicht für Saddam kämpfen; sie kämpfen gegen die Vereinigten Staaten."

Es steht außer Zweifel, dass die Besetzung des Irak in jeder Hinsicht ein koloniales Projekt ist. Der von den USA ernannte „Irakische Regierungsrat“ steht unter Leitung der CIA-Marionette Ahmed Chalabi, dessen Familie die reichste in ganz Irak war, als das britisch kontrollierte Regime im Jahre 1958 gestürzt wurde. Nun kommen alle

Vermögenswerte des Irak unter den Hammer.

Ganz im Kolonialstil schaffen die USA eine irakische Polizei, einen Geheimdienst und paramilitärische Todesschwadronen. Sie nehmen Familienmitglieder, darunter Kinder und Großeltern, in Geiselhaft, um Iraker zu zwingen, sich zu „Verhören“ zu stellen. Ganz im „israelischen Stil“ brauchen die US-Truppen Kollektivstrafen und Gewalt gegen die gesamte Bevölkerung in weiten Teilen des Landes.

„Mit einer kräftigen Dosis Schrecken und Gewalt und einer Menge Geld für Projekte, denke ich, können wir diese Leute überzeugen, dass wir hier sind, um ihnen zu helfen,“ erklärte ein US-Batallionskommandeur (New York Times v. 7. Dez. 2003). Er sprach von einem der vielen irakischen Dörfer aus, welche die USA mit Stacheldraht eingewickelt haben und damit ganze Gemeinden gefangen halten. Ein Schild an diesem Stacheldraht lautet - nur auf Englisch -: „Dieser Zaun ist hier zu Ihrem Schutz. Kommen Sie ihm nicht näher oder versuchen Sie nicht, ihn zu übertreten, sonst werden Sie erschossen.“

Die US-Regierung hat eine lange Geschichte der Destabilisierung und des Sturzes von fremder Regierungen und ihrer Ersetzung durch brutale Diktaturen. Es genügt ein Blick auf Iran, Kongo, Guatemala und Chile, um zu wissen, dass der demokratische oder undemokratische Charakter der von den USA ins Visier genommenen Regierung nie die Motivation ihres Vorgehens gewesen ist. Immer wieder hat die US-Regierung die brutalsten Diktaturen und Militärregime unterstützt.

Die lang anhaltende Dämonisierung der früheren irakischen Regierung, gefolgt von der Invasion und Besetzung des Irak, ist Teil eines umfassenderen globalen Projekts der Vereinigten Staaten, jede Regierung zu vernichten, die versucht, ihre Unabhängigkeit von den Diktaten Washingtons und der Wall Street -und sei es nur formal - zu wahren. Die Führungen von Nordkorea, Iran, Syrien, Zimbabwe, Cuba, Palästina und andere wurden von der Bush-Regierung bereits für die Vernichtung vorgemerkt. Dies steht in krassestem Widerspruch zum Recht auf Selbstbestimmung. Nur das irakische Volk hat das Recht zu bestimmen, wer seine Führer sein sollen.

Man sollte bei der zu erwartenden geflissentlich arrangierten Dokumentierung von „Verbrechen“ der ehemaligen irakischen Regierung im Bewusstsein behalten, dass die Bush-Regierung Zehntausenden unschuldiger Iraker das Leben genommen hat, den Irak in Chaos und Anarchie gestürzt hat und dem irakischen Volk, das in der Vergangenheit Jahrzehnte lang gegen die Kolonialherrschaft gekämpft hat, die wesentlichen Attribute der Souveränität entwendet hat.

Die Besetzung fordert jeden Tag das Leben von Irakern, US-amerikanischen und anderen „Koalitions“-Truppen. Während Halliburton, Bechtel und andere US-Konzerne Riesenprofite scheffeln, zahlen die Menschen hier wie dort für Bushs und seiner Konzern-Freunde Raubzug den Preis in Blut und Geld. Offizielle Zahlen beziffern die Kosten der Besetzung im Irak auf 210 Millionen Dollar pro Tag. Die Regierung hat erklärt, dass sie es nicht nötig habe, die Zahl der von ihr getöteten Iraker zu zählen.

Wir werden unsere Mobilisierungsarbeit weiter verstärken mit der Forderung:
„Schluss mit der Besetzung, Holt die Truppen heim! JETZT! Geld für Jobs, Gesundheit, Erziehung, nicht für Krieg und Besetzung.“

Übersetzung aus dem US-Amerikanischen: Klaus von Raussendorff

Quelle: ActionCenter.nycact@action-mail.org, gesendet: Montag, 15. Dezember 2003 05:10

Weltsozialforum: „Rückt den Irakern von der Pelle“

Widerstand gegen Krieg und Besetzung: das war ein Schwerpunkt auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre. Interview mit John Catalinotto aus den USA.

John, du bist gerade vom Weltsozialforum in Porto Alegre zurückgekommen. Welche Rolle haben Krieg und Besetzung, besonders im Irak, dort gespielt?

Eine große. Der Widerstand gegen den US-Imperialismus dort ist wichtig, und es gab große Unterstützung dafür – obwohl er kein klares Programm und keine einheitliche Führung hat. Die Iraker machen den Yankees Probleme, und das ist gut.

Wir haben uns auch mit anderen Themen beschäftigt: Das Freihandelsabkommen der Americas (FTAA) und wie es aufzuhalten ist. Das Leiden so vieler Menschen unter der Globalisierung. Die Kontrolle der Konzerne über die Medien, besonders durch die USA.

Es herrschte eine allgemeine Wut auf Bush und den US-Imperialismus.

Lassen sich die Menschen von den Kriegsdrohungen gegen den Iran einschüchtern?

Die Leute machten sich Sorgen über die drohende Haltung von Bush und der US-Regierung. Nicht nur gegenüber dem Iran, sondern auch gegen Länder in Lateinamerika wie Venezuela und Kuba.

Viele der Veranstaltungen behandelten die Verteidigung Lateinamerikas gegen die wirtschaftlichen und möglicherweise militärischen Angriffe durch den US-Imperialismus. Das war auch das Thema des populärsten Sprechers auf dem WSF: Venezuelas Präsident Hugo Chávez. Die Stimmung war gut. Auch die Auftaktdemonstration war von Freude und Kampfesmut geprägt.

Während des WSF haben die Iraker gewählt. Wie waren die Meinungen darüber?

In den Treffen, an denen ich teilnahm – also meist Anti-Kriegsveranstaltungen – hielt eigentlich jeder die Wahlen für eine Farce. Alle irakischen Referenten – sie vertraten verschiedene Strömungen gegen die Besetzung – meinten, es sei eine Farce, Wahlen unter den harschen Bedingungen abzuhalten, die jetzt unter der Besetzung im Irak herrschen.

Du bist als Vertreter der US-amerikanischen Friedensbewegung auf dem WSF gewesen. Was steht für euch als Nächstes an?

Der nächste große Schritt wird am 19. März kommen: Es wird große Demonstrationen in New York, in vielen Städten in Kalifornien und anderswo geben – und vor einer wichtigen Militärbasis in North Carolina.

Was ich aus Porto Alegre mitnehme, ist die allgemeine Unterstützung für einen internationalen Aktionstag gegen die Besetzung am 19. bis 20. März. Der Vorschlag, einen international koordinierten Aktionstag zu veranstalten, gibt den nationalen Mobilisierungen immer zusätzlichen Schwung.

Bush hat gerade seine zweite Amtszeit begonnen. Haben wir mit mehr Kriegen zu rechnen?

Bush will seinen knappen Wahlsieg dafür benutzen, sein Programm durchzusetzen. Teil davon ist ein innenpolitisches Programm, das eine offene Kampfansage an die Arbeiter ist. Sein erstes und größtes Ziel sind weitere Kürzungen im sozialen Sicherungssystem.

In der Außenpolitik droht er mit mehr Kriegen. Nicht so sehr mit Bodenkriegen als mit Luftangriffen gegen den Iran, mit dem Anstacheln von Bürgerkriegen durch die CIA in Venezuela oder Kuba oder damit, Kolumbien dazu zu bewegen, militärisch in Venezuela einzugreifen. Nord-Korea bleibt weiter von der Möglichkeit bedroht, aus der Luft angegriffen zu werden.

Doch im Irak hat das US-Verteidigungsministerium Probleme, den Menschen seinen Willen aufzuzwingen. Der Widerstand wächst.

Immer weniger Amerikaner wollen im Irak kämpfen. Das US-Militär hat größte Schwierigkeiten, neue Rekruten

anzuwerben. Im Januar hat das Marine Corps...

...eine auf Kriegseinsätze spezialisierte Einheit des US-Militärs...

...zum ersten Mal seine Quote neuer Rekruten nicht erfüllen können. Weniger Reserveoffiziere melden sich zurück, als die Armee im Irak bräuchte.

Daher würde die Aussicht auf einen Landkrieg im Iran das Verteidigungsministerium in eine enorme Krise stürzen. Das heißt nicht, dass so etwas nicht passieren kann. Die Herrschenden können sehr unvernünftige Dinge tun. Ich glaube, wir in der Antikriegsbewegung sollten uns auf weitere Kriege vorbereiten. Ob wir den nächsten Krieg verhindern können, ist immer eine offene Frage.

Wir müssen versuchen, jeden neuen Krieg der Imperialisten in eine schwere Niederlage für sie zu verwandeln. Es wird wichtig sein, unter den Soldaten selbst zu organisieren.

Hier verstehen viele Menschen Bushs Wahlsieg so, als ob viele Amerikaner seine Politik unterstützen. Ist dieser Eindruck richtig?

Es wäre ein gutes Zeichen gewesen, wenn die Mehrheit Bush trotz des Meinungsmonopols der Herrschenden und ihrer Medien nicht gewählt hätten – obwohl John Kerry keine starke Alternative darstellte.

Aber die Wahlen bezeugten nicht so sehr eine große Zustimmung zu Bushs politischem Programm als vielmehr die überlegene Organisation der Republikaner. Es wird weiterhin Widerstand gegen seinen Sozialabbau und gegen seine Kriege geben.

Wenn wir diesen Widerstand unterstützen wollen: Was können wir in Deutschland tun?

Kriegsgegner sollten weiterhin demonstrieren, um den Rückzug der US-amerikanischen und britischen Truppen aus dem Irak zu fordern. Helft dabei, die Informationen gegen den Krieg unter den in Deutschland stationierten US-Soldaten zu verbreiten.

Diejenigen Aktivisten, die entschiedene Anti-Imperialisten sind, sollten tun, was sie können, um zu erreichen, dass möglichst viele Menschen das Recht des irakischen Widerstands anerkennen, die Besatzung mit den Mitteln zu bekämpfen, die ihm offen stehen. Genau wie die Franzosen das Recht hatten, die Besatzung durch die Nazis zu bekämpfen, haben die Iraker das Recht, der Besatzung durch die USA und Großbritannien Widerstand entgegenzusetzen.

Der Rest bleibt den Irakern überlassen. Es gibt keinen Grund, dass wir – auch wir in der Antikriegsbewegung – in Europa oder den USA über die inneren Angelegenheiten des Irak entscheiden sollten. Lasst uns nur dafür sorgen, dass die Imperialisten den Irakern von der Pelle rücken.

John Catalinotto ist im US-amerikanischen Antikriegsbündnis ANSWER aktiv

Quelle: http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/artikel_1332.html

Irak – Stoppt die Eskalation!

Keine Unterstützung der Besatzer durch die deutsche Regierung!

Der Krieg im Irak ist noch lange nicht vorbei, ein Ende ist nicht in Sicht. Die Zahl der Opfer unter der irakischen Bevölkerung - weit über 100.000 seit Beginn der Invasion bis zum Herbst 2004, zumeist Frauen und Kinder - steigt täglich, und die der Besatzungstruppen auch. Die USA sind ganz offensichtlich nicht in der Lage, in dem Land, welches Sie unter Vortäuschung falscher Tatsachen und unter Bruch des Völkerrechts überfallen haben, Frieden und Demokratie herzustellen.

Die Besatzung ist auch durch die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats nicht rechtmäßig geworden. Statt sie zu beenden und dem irakischen Volk die Organisation seiner Gesellschaft selbst zu überlassen sowie die Mittel zur Beseitigung der angerichteten Zerstörungen bereitzustellen, setzt die US-Regierung auf eine Marionettenregierung und die militärische Vernichtung des Widerstandes. Dies wird eine weitere Eskalation hervorrufen, die auch Wahlen unter US-amerikanischem Protektorat nicht beenden können.

Den USA und ihren Verbündeten sind in diesem Teil der Welt so wenig Freunde verblieben, dass jede auf sie gestützte politische Organisation ohne jegliche Legitimation bleiben wird und nur mit militärischer Unterstützung durch die USA überleben kann.

Wir fordern die Regierung der Vereinigten Staaten auf, ihre Truppen ohne Bedingungen aus dem Irak abzuziehen und Wiedergutmachung für die angerichteten Schäden zu leisten. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass Ihre Präsenz einen positiven Beitrag zur Stabilisierung der Region leisten könne. Im Gegenteil: Solange Sie den Irak besetzt halten, wird der Widerstand anwachsen, werden Krieg und Vernichtung eskalieren.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die politische, ökonomische und militärische Unterstützung der Besatzung unverzüglich zu beenden: Wirken Sie auf Ihre Verbündeten ein und bewegen Sie sie zum Rückzug ihrer Truppen aus dem Irak. Gewähren Sie Asyl all jenen Soldaten, die sich weigern, im Irak Krieg zu führen. Bis dieser Rückzug bewerkstelligt ist, bekräftigen wir, dass wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden friedlichen und legalen Mitteln gegen jeden Versuch wenden werden, den irakischen Widerstand durch eine Militäreskalation niederzuschlagen, wie es während des Vietnam-Krieges mit dem vietnamesischen Widerstand versucht wurde.

Prof. Norman Paech, Hamburg; Dr. Peter Strutynski, Kassel; Hans von Sponeck, Genf; Tobias Pflüger, Tübingen; Joachim Guilliard, Heidelberg; Wolfgang Kuhlmann, Düsseldorf; Eckart Spoo, Berlin; Kilian Stein, Berlin; Dr. Sabah Alnasseri, Frankfurt; Prof. Dr. Gregor Schirmer, Woltersdorf; Dr. André Brie, Rolf Becker, Hamburg, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz, Burgwald; Prof. Dr. Klaus Bitzer, Bayreuth; Prof. Dr. Hans Fischer, Berlin; Barbara Fuchs, Berlin; Eberhard Schultz, Berlin/Bremen; Klaus Hartmann, Offenbach; Harry Siegert, Viernheim; Rüdiger Göbel, Berlin; u.a.m.

Bundesausschuss Friedensratschlag; Heidelberger Form gegen Militarismus und Krieg; Deutscher Freidenker-Verband; Attac-AG Globalisierung und Krieg; Bundesdelegiertenkonferenz der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit; Linksruck; Friedensnetz Baden-Württemberg; Friedensforum Düsseldorf; Attac Stuttgart; Gesellschaft zur humanitären Unterstützung der Palästinenser e.V., Wachberg; u.a.m.

Resolutionentwurf

Phil Butland

1. Unabhängig davon, welche Konflikte im Irak nach Abzug der US-Truppen auch drohen, die Besatzungspolitik keinen Beitrag zur Lösung leisten kann, sondern selbst das größte aller Übel und die Hauptursache der Gewalt ist. Dies müssen wir zuerst öffentlich klarstellen.
2. Die Besatzungsherrschaft kann weder durch UNO noch US-kontrollierte Wahlen legitimiert werden. Sie ist erst zu Ende, wenn die USA und ihre Verbündeten ihre zivilen und militärischen Kräfte zurückgezogen haben.
3. Der Rechtfertigung, es handle sich bei der Besatzung um Kampf gegen den Terror, müssen wir entgegenreten. Terrorismus und religiösen Extremismus gibt es zwar tatsächlich im Irak, wenn auch im geringeren Ausmaß als von US-Seite behauptet, sie sind aber offensichtlich eine der hässlichen Folgen der Invasion.
Angriffe des militärischen Widerstands auf die Besatzungstruppen sind – unabhängig davon ob wir sie für sinnvoll und politisch oder moralisch für gerechtfertigt halten – kein Terror und sind auch nach geltendem internationalem Recht legitim.
4. Die Besatzungspolitik handelt sich um eindeutige und systematische Verbrechen, mit fürchterlichen Folgen für die Bevölkerung. Wer, wie die Bundesregierung, diese Politik unterstützt, macht sich mitschuldig.
Eine gute Möglichkeit hierüber Öffentlichkeit herzustellen, sind Veranstaltungen im Rahmen der internationalen Tribunale über den Irakkrieg.
5. Der überwiegende Teil der EU-Staaten beteiligt sich direkt an Krieg und Besatzung im Irak. Hier ist also schon Praxis, was im Rahmen der EU-Militarisierung perfektioniert und mittels EU-Verfassung verrechtlicht werden soll. Es ist daher sinnvoll, diese Beteiligung bei der Kampagne gegen EU-Militarisierung/ EU-Verfassung zu thematisieren.
6. Ansatzpunkte für Kampagnen bieten die konkrete militärische Unterstützung wie die Lieferung der Fuchspanzer. Um das Ausmaß deutscher Beteiligung sichtbar zu machen, bieten sich natürlich auch die Standorte der US-Armee in Deutschland an. Immer wieder werden auch direkte Verwicklungen der dort stationierten Einheiten in Kriegsverbrechen bekannt. So kommen einige der Folterer von Abu Ghraib aus der 205. Brigade des Militärischen Geheimdienstes im hessischen Wiesbaden-Erbenheim.
7. Die internationale Unterstützung, insbesondere durch die europäischen Staaten und den UN-Sicherheitsrat, die ihrem Vorgehen eine gewisse völkerrechtliche Legitimität verschaffen, ist der einzige verbliebene Trumpf der USA im Irak. Eine klare Verweigerung weiterer Unterstützung Deutschlands und anderer EU-Staaten hätte daher erhebliche Auswirkungen, sowohl international als auch bezüglich der Haltung der US-Bevölkerung zur Besatzung.

Als nächste Schritt fordern wir, dass Friedensorganisationen, Gewerkschaften und andere Organisationen der Bewegung, die folgende Maßnahmen übernehmen:

- ² Keine Unterstützung der Besatzer durch die deutsche Regierung. Wir sammeln dagegen Unterschriften.
- ² Progressive Kräfte in Irak unterstützen. Geld für die die Gewerkschaft der Südlichen Ölgesellschaft sammeln (unabhängige Gewerkschaft, der u.a. gegen der Privatisierung in Irak organisiert).
- ² Sozial Forum in Deutschland (Erfurt, 21-24 Juli) und mögliche Redner Tour in Juli mit VertreterInnen der oberen Gewerkschaft unterstützen. (www.sozialforum2005.de. Infos über die Tour Joachim.Guilliard@t-online.de). Wir schicken 1 oder mehr VertreterInnen zum Sozial Forum in Deutschland und werden eine Veranstaltung in unseren Stadt mitorganisieren.
- ² Nein zu dieser Europaverfassung. Wir lehnen die geplante Europafassung mit u.a. Aufrüstungspflicht ab.
- ² Nie Wieder Krieg. Nie Wieder Faschismus. Wir unterstützen die breite Kampagne gegen der geplante NPD Nazi Aufmarsch in Berlin am 8 Mai.